

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

12.10.1928 (No. 239)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 253 und 254, Postfachkonto Nr. 2515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Metz, Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 2.25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Verteilung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“ über dem Atlantik

WVB. Madrid, 12. Okt. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ überflog heute früh 5 Uhr den Hafen von Gibraltar in Richtung auf die Azoren. Es befindet sich jetzt über dem Ozean.

WVB. Paris, 12. Okt. (Tel.) Nach einer Meldung des „Journal“ aus Casablanca hat die dortige Funkstation einen Funkpruch aufgefangen, in dem das Luftschiff „Graf Zeppelin“ mitteilt, daß an Bord alles wohl sei und daß es heute gegen Mitternacht die Azoren zu erreichen gedenke.

WVB. Friedrichshafen, 12. Okt. (Tel.) Wie hier angenommen wird, wird das Luftschiff versuchen, unter dem 35. Grad Madeira anzufliessen, um den Ostwind in den Rücken zu bekommen. Nach den neuesten Wetternachrichten ist ein Tief bei England zu verzeichnen, das bei westlichen Winden bis zu dem 35. Grad und bis zu den Azoren reicht. Dagegen dürften unter dem 35. Grad östliche Winde herrschen.

WVB. Friedrichshafen, 12. Okt. (Tel.) Die Wetterlage über dem ganzen Nordatlantik ist nach den Wetterberichten, die bis jetzt hier vorliegen, äußerst schlecht, und von den englischen Küstenstationen werden neue Sturmwarnungen an die Dampfer gegeben. Die Windscheide liegt zwischen dem 34. und 35. Grad. Die Windstärke auf den Azoren wird mit 7, weiter nördlich mit 10 angegeben, was also durchschnittlich 30 Sekundenmetern entsprechen würde. Sonach ist das Luftschiff mit höchstens 100 Stundenkilometern unterwegs, und der Z. R. III war um die gleiche Zeit, die jetzt der „Graf Zeppelin“ bis zur Erreichung der Straße von Gibraltar benötigt hat, schon über den Azoren. Die Wetterlage ist also äußerst schlecht. Man rechnet mit schweren Stürmen auch weiterhin. Die heftige Funkstation hat den „Graf Zeppelin“ bis heute morgen 7 Uhr gehört. Der Standort konnte aber nicht ermittelt werden. Das Schiff nimmt jetzt keine Wettermeldungen mehr an. Auf der Funkstelle der „Graf Zeppelin“ nach das Motorengeräusch der Propeller des „Graf Zeppelin“ so stark zu hören, wie man es in der letzten Zeit bei den Manövern über dem Westgelände zu vernehmen gewöhnt war. Man rechnet mit einer Fahrtdauer von 100 Stunden und glaubt, daß das Schiff über 2000 Kilometer mehr zur Zurücklegung der Strecke über den Atlantik braucht als der Z. R. III und somit etwa 10 000 Kilometer in südlicher Richtung bis zur Erreichung der amerikanischen Küste braucht, um von dort aus nördlich nach New York zu fahren.

WVB. New York, 12. Okt. (Tel.) Das Wetterbüro erlärte auf Grund der von Dampfern eingelaufenen Meldungen, daß die Wetterausichten für das Gebiet zwischen Nordamerika und den Azoren, auf dem voraussichtlichen Kurs des Luftschiffes, günstig seien. Bei dem südlichen Kurs des Luftschiffes werde Regen voraussichtlich vermieden werden. Es verlautet, daß große amerikanische Funkstationen den „Graf Zeppelin“ erreicht hätten. Die Brooklyner Station der Radio Corporation of America nahm gegen 7 Uhr New-Yorker Zeit eine Nachricht vom Gajapdampfer „New York“ auf, laut welcher „Graf Zeppelin“ die „Atlantische Küste“ gegen 2 Uhr morgens New-Yorker Zeit, also 24 Stunden nach seiner Abfahrt, zu erreichen hoffte. Eine Funkstation in Pittsburg will heute früh dem Luftschiff Grüße der deutschen Zeitungen in Pittsburg senden. Die deutschen Vereine in Pittsburg haben bereits Grüße gesandt.

Der Kurs am Donnerstagnachmittag „Graf Zeppelin“ hat Donnerstagnachmittag 1/5 Uhr mitteleuropäische Zeit Marokko mit Kurs auf das Mittelmeer passiert. Um 7.50 Uhr abends ist das Luftschiff über Barcelona erschienen. Aber Spanien hatte das Luftschiff Gegenwind zu überwinden und eine Fahrgeschwindigkeit von 80 km. in der Stunde. Abends 11.40 Uhr wurde Castellon de la Plana überflogen.

Die Amerikafahrt 1924

Zeppelinluftschiffe haben auch in früheren Jahren große Dauerfahrten unternommen. Die „Frankf. Hg.“ erinnert an die 101-Stundenfahrt des „L. Z. 120“ im Juli 1917 unter der Führung des Oberleutnants Lehmann, an die berühmte Fahrt des „L. Z. 59“ unter Kapitänleutnant Kochholt von Bulgarien nach Chartum am Nil und zurück, und die große atlantische Sturmfahrt, die der „L. Z. 126“ am 12. Oktober 1924, genau vor vier Jahren, angetreten und in 76 1/2 Stunden absolviert hat. Die Flugzeit in den einzelnen Etappen war damals: Friedrichshafen bis französische Westküste (Girondemündung) 1100 km. in 9 Std.; Girondemündung—Kap Ortegal (Spanien) 900 km. in 6 Std.; Kap Ortegal—Azoren 1800 km. in 14 1/2 Std.; Azoren—Fajal 380 km. in 3 1/2 Std.; Nordwestküste 790 km. in 16 Std.; Westküste 850 km. in 6 1/2 Std.; Nordwestküste 420 km. in 3 Std.; Ostküste bis Kap Sable 1700 km. in 12 1/2 Std.; Kap Sable—Boston 540 km. in 5 1/2 Std.

Die eigentliche Ozeanstrecke von der französischen Westküste bis Kap Sable überfuhr das Luftschiff in 61 Std. 50 Min. Man darf annehmen, daß die Durchschnittsgeschwindigkeit diesmal höher sein werde als damals vor vier Jahren; denn die motorische Leistung ist höher als beim „L. Z. 126“. Danach läßt sich erwarten, daß die Überfahrtzeit diesmal kürzer sein wird, wenn nicht zu große Umwege wegen der Wetterlage gemacht werden müssen.

Die Arbeitslosen Zahl. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist mit 577 000 nahezu unverändert geblieben.

Letzte Nachrichten

Das Steuervereinheitlichungsgesetz

M. Berlin, 12. Okt. (Priv.-Tel.) Eine der wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung wird die Gestaltung des Steuervereinheitlichungsgesetzes sein, das augenblicklich im Reichsratsausschuß beraten wird. Dabei hat sich herausgestellt, daß die unitarischen Bestrebungen der Reichsregierung nicht durchbringen. Im Wege steht der § 11 der Reichsverfassung, wonach das Reich nur über Zulässigkeit und Erhebungsart von Landesabgaben Grundzüge aufstellen, aber keine materiellen Bestimmungen erlassen darf. Ein Versuch, diesen Paragraphen zu ändern, der Zweidrittelmehrheit erfordern würde, ist daran gescheitert, daß Sachsen mit den sächsischen Staaten gestimmt hat.

Die Tricolore herabgerissen

WVB. Zweibrücken, 12. Okt. (Tel.) In der vergangenen Nacht wurde zum zweitenmal innerhalb 6 Monaten die Tricolore des französischen Offizierskasinos am Herzogplatz herabgerissen. Der Fahnenstange, der an einem Balkon befestigt war, wurde zur Hälfte abgebrochen und samt der Fahne verschleppt. Seit den frühesten Morgenstunden ist die Staatsanwaltschaft mit der Aufklärung des Tatbestandes beschäftigt. Die Fahne ist noch nicht aufgefunden worden.

Die englische Besatzung gegen das Deutschland

M. Berlin, 12. Oktober (Priv.-Tel.) Vor einigen Tagen hat bei einem Besuch des Königsleiner Schlosses (Zaurus) auf Veranlassung des Bürgermeisters die Kapelle vaterländische Lieder gespielt, darunter auch das Deutschlandlied. Da Königsleiner Garnison ist, hat daraufhin die englische Besatzungsbehörde Strafverfolgung eingeleitet. Der Prozeß findet heute in Wiesbaden vor dem englischen Kriegesgericht statt. Es ist das erstmal, daß die Engländer zu solchen Maßnahmen greifen.

Albanien und Italien

WVB. London, 12. Okt. In einem Interview mit dem Korrespondenten des „Daily Telegraph“ in Tirana erklärte König Zogu, Albanien brauche Italiens Beistand sowohl auf finanzieller wie auch verwaltungsmäßigem Gebiet. Das albanische Volk werde aber niemals zugeben, von Italien beherrscht zu werden.

Die Krise in der sozialdemokratischen Partei Polens

WVB. Warschau, 12. Okt. (Tel.) Die Krise in der sozialdemokratischen Partei Polens verschärft sich. Die Pilsudski-Freundlichen Sozialdemokraten, die im Lande nur einen Bruchteil ausmachen dürften, in Warschau aber sehr stark sind, haben jetzt einen eigenen Warschauer Gewerkschaftsrat gebildet. Der Vollzugsausschuß der polnischen sozialdemokratischen Partei hat gestern sechs Stunden beraten und dabei den neu gebildeten Rat aufgefodert, namens der Einheit der Partei und der Einhaltung der Parteidisziplin sich sofort aufzulösen. Es ist noch zweifelhaft, ob dieser Beschluß befolgt werden wird. Die bürgerliche Presse rechnet schon mit der unvermeidlichen Spaltung der Partei. Die Entscheidung über die weitere Gestaltung der inneren Verhältnisse der sozialistischen Partei dürfte jedoch wahrscheinlich erst auf dem Parteikonferenz fallen, der auf den 1. November in Sosnowice angesetzt ist.

Der neue Reichswehretat ist, wie eine linksstehende Zeitungskorrespondenz mitteilt, auf Anregung des Reichsfinanzkommissars wesentlich überprüflicher und einfacher gestaltet, als wie der frühere Wehretat. Im übrigen ist ein großer Organisationsplan für Heer und Marine ausgearbeitet, der eine Vereinfachung des ganzen inneren Geschäftsganges und besonders die Vermeidung von Doppelarbeit vorzieht. Das Reichswehrministerium hat darauf verzichtet, Mittel für die Entsendung von Militär- und Marineattachés anzufordern.

Sozialdemokratie beantragt Einstellung des Panzerkreuzerbauens. Zu der Ankündigung des sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Brandenburger Bezirksparteitag, daß die Sozialdemokratie demnächst dem Reichstag einen Antrag vorlegen werde, „Der Bau des Panzerkreuzers A wird eingestellt“, bemerkt der sozialdemokratische Pressedienst: Wahn und in welcher Form ein derartiger Antrag dem Reichstag vorgelegt werden wird, ist Sache der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Aber daß ein derartiger Antrag kommt und zwar bald kommt, ist unseres Erachtens so gut wie sicher.

Gefängnisstrafe wegen Beleidigung der deutschen Republik. Der Herausgeber der Breslauer Wochenschrift „Arbühne“, Gruschwitz, wurde wegen Beschimpfung der deutschen Republik zu vier Monaten Gefängnisstrafe verurteilt. Gruschwitz sollte im September v. J. eine Gefängnisstrafe antreten, war jedoch nach dem Auslande geflohen und hatte von dort aus Artikel für seine Zeitschrift geschrieben, in denen er in beleidigender Weise an der Staatsform Kritik übte. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten beantragt.

Wirtschaftliche Umschau

Altbesitz und Neubesitz der Papiermarkenleihen des Reichs — Die Getreidewirtschaft

Vom Reichsfinanzministerium wurde mitgeteilt, daß die Gesamtsumme der für Altbesitzanleihen zuerkennenden Teilbeträge der Anleiheablosungsschuld mit Auslosungsrechten auf 960 Millionen RM anzunehmen ist. Dies entspricht Kriegsanleihen in Höhe von 38,4 Milliarden Papiermark. Da bei Auslosung der fünffache Einlösungsbetrag zu bezahlen ist, ergibt sich im Verlauf von 30 Jahren für das Reich eine Ausgabe von 4,8 Milliarden, wozu noch die Beträge für die seit dem 1. Januar begonnene Zinszahlung im Betrage von 3,3 Milliarden kommen. Es handelt sich also um aus Reichseinnahmen innerhalb 30 Jahren zu deckende Gesamtbeträge von 8,1 Milliarden, jährlich sind dafür 240 Millionen in den Reichshaushalt einzustellen.

Diese Zahlen gewinnen im Anschluß an die Mitteilungen über die aufgedeckten Kriegsanleiheverschwindel sehr gewichtige Bedeutung. 38,4 Milliarden alter Papiermarkenleihen sind somit als Altbesitz anerkannt. Es erhebt sich nun die Frage, welche Summen solcher Anleihen überhaupt noch im Umlauf sein können. Die Gesamtsumme der gezeichneten und ausgegebenen Kriegsanleihen betrug 88,6 Milliarden. Die kürzlich erfolgten amtlichen Mitteilungen besagten, daß annähernd 75 Milliarden zum Umtausch in Ablosungsschuld eingereicht worden seien. Daran anknüpfend wurde darauf hingewiesen, daß dann erhebliche Unstimmigkeiten vorhanden seien, denn die als Altbesitz anerkannte Summe von 38,4 Milliarden, welche die bekannten Vergünstigungen genießt (zur „Aufwertung“ 25 Reichsmark auf 1000 Papiermark Auslösung, zum fünffachen Nennbetrag innerhalb 30 Jahren und Verzinsung zu 4 1/2 Proz.), betrage davon die reichliche Hälfte. Außerdem aber habe das Reich bis Ende 1922 12 Milliarden zurückgekauft, 23 Milliarden an Steuern und 4 Milliarden für die Bezahlung von Heeresgütern eingenommen. Von den 88,6 Milliarden im ganzen ausgegebener Kriegsanleihe wären somit 39 Milliarden an und für sich abzuziehen, es sei unerfindlich, wie die amtlich angegebene Summe von 75 Milliarden zum Umtausch eingereichte Anleihe herauskommen könne. Im Zusammenhang damit sei es auch unverständlich, wie 38,4 Milliarden als Altbesitz herauskommen könnten, zumal in den amtlichen Schätzungen nur mit 20 Milliarden seinerzeit gerechnet wurde. Auch die 15 Milliarden, die das Reich seit dem 1. Juli 1920, dem Stichtag für die Anerkennung von Altbesitz, aus seinem Stützungsbestand wieder verkauft habe, können nicht Altbesitz sein.

Ein Teil dieser Fragen ist allerdings nun dadurch beantwortet, daß sich die von der Regierung genannte Gesamtsumme von rund 75 Milliarden auf alle Papiermarkenleihen, die in Ablosungsschuld umgetauscht worden sind, bezog, also auch auf 4,8 Milliarden Vorkriegsanleihen, 3,8 Milliarden Sparprämienanleihe, 14,2 Milliarden vom Reich übernommene Länderkredite (wie z. B. die badischen Eisenbahnleihen) und außerdem 51,2 Milliarden Kriegsanleihe. Die letzte Zahl gibt also die zum Umtausch eingereichte Kriegsanleihe an. Trotzdem bleiben freilich noch der Fragen und Unstimmigkeiten genug, deren Klärung dringend erforderlich ist, und nun in einer Denkschrift angekündigt wird. Eine systematische Nachprüfung der ganzen Anmeldungen zum Altbesitz, namentlich der größeren, und ihrer Behandlung durch die amtlichen Stellen und Banken, die nach amtlichen Mitteilungen bereits im Gang ist, ist notwendig, zumal es sich um Milliardensummen handelt, die aus allgemeinen Mitteln innerhalb 30 Jahren aufzubringen sind, nach dem gegenwärtigen Stand des Altbesitzes um 240 Millionen jährlich.

Vorerst steht fest, daß ausländische und inländische Betrüger einen wohlorganisierten, wenn auch nun fehlgeschlagenen Angriff auf die Reichskasse unternommen haben. Ausgeschlossen aber ist es nicht, daß andere solcher Betrügereien gelungen sind, wenn auch amtlicherseits erklärt wird, daß es sich kaum um erhebliche Summen handeln könne. Im Gegensatz zum Altbesitz wird bekanntlich der Neubesitz (also den Zeichnern meist zu Spekulationszwecken abgekaufte Stücke) zwar gleichfalls mit 2 1/2 Proz., also 25 Reichsmark auf 1000 Papiermark „aufgewertet“, hat jedoch keinen Anspruch auf Verzinsung bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage. Die Schiebungen, durch welche

versucht wurde, Neubefitz als Altbefitz dem Reich anzudrehen, hatten also das Ziel, den fünffachen Betrag nebst Zinsen sich auf betrügerische Weise zu verschaffen oder jedenfalls diesen „Altbefitz“ möglichst gut auf den Börsen zu verkaufen.

Die Auseinandersetzungen über den Scheuerkonzern haben für Baden nicht nur grundsätzliche Bedeutung, soweit es sich um die verschiedenen Pläne, ein Getreidehandelsmonopol einzuführen, handelt. Baden hat eine bedeutende Mühlenindustrie, neben hunderten von kleinen Kundenmühlen und einigen mittleren Betrieben sechs Großmühlen, davon eine in Karlsruhe und fünf in Mannheim, welche für den Antransport des zu vermahelnden, aus dem Ausland stammenden Getreides sich die Rheinwasserstraße zunutze machen. Ihr Absatzgebiet für Mehl usw. umfaßt ganz Süddeutschland einschließlich Bayern.

Bei der Debatte um den Scheuerkonzern sind jetzt Gegensätze zwischen den Großmühlen (dessen Organisation der Verein deutscher Handelsmüller ist) und den mittleren Mühlen (Verband deutscher Müller) zutage getreten. Letztere wollen, ebenso wie die Organisation des Bäderhandwerks mit der Getreideindustrie A.-G. (d. h. dem von der Rentenbank und der Preussenkasse erworbenen Scheuerkonzern) zusammenarbeiten, während die Großmühlen auf einer absolut ablehnenden Haltung verharren. Sie führen für ihren Standpunkt vor allem prinzipielle Gründe an (Eingriff der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft). Die mittleren Mühlen betonen demgegenüber, daß sie viel mehr als die Großmühlen, die ja ihr Getreide fast ausschließlich aus dem Ausland beziehen, auf das Inlandsgetreide und auf das Gedeihen der deutschen Landwirtschaft angewiesen seien, der man durch Stabilisierung der Getreidepreise helfen müsse.

Wie weit das möglich sein wird, steht freilich noch dahin. Die Saisonschwankungen der Getreidepreise, die sich in niedrigeren Preisen am Anfang und in hohen Preisen am Ende jedes Erntejahres ausdrücken, sind auf den Kapitalmangel der Landwirtschaft zurückzuführen. Die meisten Landwirte sind eben gezwungen, ihr Getreide gleich nach der Ernte auf den Markt zu werfen und erzielen infolge des Massenangebots nur niedrige Preise. Eine bessere Kapitalversorgung der Landwirtschaft könnte dem allein abhelfen. Die Preisschwankungen aber, die von Jahr zu Jahr eintreten, haben ihre Ursachen in der Weltmarktlage und der Gestaltung der Weltproduktion, und werden sich überhaupt nicht völlig vermeiden lassen. Denn es handelt sich um erhebliche Schwankungen, die bei Roggen in den letzten Jahren bis zu 100 Proz. betragen. Selbst mit Hilfe eines Getreidehandelsmonopols wäre nur ein teilweiser Ausgleich dieser Schwankungen möglich.

Zur Denkschrift des Lutherbundes

Schreibt die „Bayerische Staatszeitung“: „Auch heute, wo uns von dem „Bund zur Erneuerung des Reiches“ eine neue Auflage seiner Gedanken angereicht worden ist, bezweifeln wir aus guten Gründen sehr, daß die Stimmung in den maßgebenden bayerischen Kreisen gegenüber den Lutherischen Ideen sich geändert hat. Auch seine neuen Pläne sind nicht tragbar, sie werden Theorien bleiben. Zwischen den beiden Gewalten des Unitarismus und des Föderalismus gibt es in Wirklichkeit kein Kompromiß. Wer sich zwischen beide begibt, erntet für alle seine Vermittlungsmaßnahmen nirgends Dank und setzt sich nur zwischen zwei Stühle.“

Auch die Bayerische Volksparteikorrespondenz kommentiert die Denkschrift in ablehnendem Sinne. Die jetzt vorliegende Begründung schaffe keine Klarheit darüber, daß hier ein Weg aufgezeigt werde, der naturgemäß an das Grab der Idee eines großen deutschen föderativen Staates münde. „So sehr wir den Einheitsstaat als Organisationsprinzip ablehnen, so sehr gilt unsere Liebe einem Deutschland, das man im Begriff ist, in zweierlei Deutschland zu zerlegen zu wollen. Einmal ist die deutsche Geschichte schon diesen verhängnisvollen Weg gegangen. Will man ihn noch einmal gehen?“

Das Reichsehrenmal

Ein Berliner Blatt meldet, daß das Reichsinnenministerium im Einvernehmen mit der Mehrzahl aller Frontkämpferverbände sich für die Errichtung des Ehrenmals zum Gedächtnis der Kriegsoptimier in Berlin entschlossen habe und daß demnach eine entsprechende Vorlage dem Reichskabinett zu gehen werde. Wie dazu von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die Meldung in dieser Form nicht ganz zutreffend. Das Reichsinnenministerium des Innern hat allerdings eine Vorlage ausgearbeitet, ist aber nicht allein zuständig, sondern die Entscheidung liegt beim Reichskabinett. Das Reichsinnenministerium hat in seiner Vorlage dem Reichskabinett Mitteilung von der Entwicklung dieser Angelegenheit gemacht und auf Berlin hingewiesen, ohne jedoch die Gründe, die für einen Ort im Rheinland oder eine Stelle in Berlin oder Goslar sprechen, außer acht zu lassen.

Amtsenthaltung eines Bürgermeisters. Der amtierende Bürgermeister in Schöningen, Dr. Scheifels, ist durch das braunschweigische Staatsministerium seines Amtes vorläufig entbunden worden. Ihm wird vorgeworfen, Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in öffentlicher Sitzung und in Zeitungsartikeln herabgesetzt zu haben, gegenüber der Stadtverordnetenversammlung wesentlich die Unwahrheit gesagt zu haben und bei Verträgen mit privaten Firmen zum Nachteil der Stadt gehandelt zu haben. Er soll öffentliche Gelder zu seiner eigenen Verwendung benutzt und die Stadt um viele tausend Reichsmark geschädigt haben.

Der Fall Goran hat eine sensationelle Lösung genommen. Goran ist von Paris über Belgien nach London abgereist. Wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, hat ihn die angelsächsische Presseorganisation in Paris feierlich aus ihren Reihen ausgeschlossen, aber nicht etwa, weil er an dem Diebstahl in irgendeiner Weise beteiligt gewesen ist, sondern weil er der französischen Polizei den Namen des Beamten verraten hat, von dem er das Rundschreiben erhielt. Der Beamte ist bereits verhaftet worden.

Zur Frage der Reichsreform

Unter Bezugnahme auf das Zusammentreten des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz am 22. Oktober melden die Berliner Blätter, daß in der nächsten Woche Leisige des Reichsministeriums des Innern zur Reichsreform zu erwarten sind, mit denen sich dann auch das Reichskabinett zu beschäftigen haben wird.

Der „Vorwärts“ betont, das Reichsinnenministerium habe den dringenden Wunsch, die Arbeiten für die Reichsreform zu beschleunigen, und es teile diesen Wunsch mit der preussischen Regierung. An einzelnen Berichten liegen dem Ausschuss der Länderkonferenz vor: Zwei grundlegende Berichte des preussischen Reichsrichters, Ministerialdirektor Vock, sowie eine Darstellung des sächsischen Ministerialdirektors Vock, sowie eine Darstellung des Ministerpräsidenten Holz (Württemberg) und des Reichsministers an der Materialsammlung beteiligt. Den Vorsitz im Ausschuss wird jetzt Reichsfinanzminister Müller führen, während der Reichsminister des Innern, Severing, als stellvertretender Vorsitzender fungieren wird. In den Ausschuss sind außerdem neu eingetreten die Reichsminister von Guérard und Silberding, sowie Reichsjustizminister Koch-Weser, dieser jedoch nicht kraft seiner Ministerialposition, sondern als Politiker, der in der Frage der Reichsreform führend tätig gewesen ist. Schließlich ist noch der sozialdemokratische Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, Schröder, ein neues Mitglied des Ausschusses.

Arbeiten des Reichsjustizministeriums

Reichsjustizminister Koch-Weser bekannte sich Pressevertretern gegenüber zu einer Verreichlichung der Justiz. Auf dem Wege der großen Justizreform seien Fragen zu klären, wie die Verreichlichung der Vorbildung der Juristen, der Zulassung von Anwälten durch alle deutschen Länder, einer gleichartigen Gestaltung der Vorbildung für Juristen und Verwaltungsbeamte usw. Auch die Vereinfachung der Gebühren auf dem Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit gehöre hierher. Zur Strafrechtsreform sei der von der vorigen Regierung vorliegende Entwurf eine geeignete Grundlage. Das Strafvollzugsrecht, das nicht einheitlich genug, werde einschneidenden Veränderungen unterworfen. Der neue Grundgesetz der Sicherung trete dabei in den Vordergrund.

Eine wichtige Frage sei auch die Reformulierung des Auslieferungsgesetzes. Eine neue Fassung betr. unehelicher Kinder sei im Entwurf vom Reichstag in erster Lesung verabschiedet. Die andere soziale Auffassung kommt darin zum Ausdruck, daß z. B. bei Zahlungsunfähigkeit des Alimentenpflichtigen unter Umständen dessen Eltern in Anspruch genommen werden sollen, und daß die exceptio plurium künftig in Wegfall kommen soll. Die Ehecheidung werde gleichfalls unter neuen Gesichtspunkten behandelt. Neben dem Verschuldungsprinzip soll auch das Zerrüttungsprinzip wirksam werden, das bisher nur in Fällen andauernder Geisteskrankheit zur Geltung kommt. In dieselbe Rubrik der Rechtsmodernisierung gehören die Pläne zur Abänderung der ehelichen Güterrechtsbeziehungen. Hier sehe man erst im Meinungsaustausch mit den Landesregierungen, strebe aber eine Gleichberechtigung der Geschlechter nach der Richtung an, daß die Verwaltung des Vermögens der Frau künftig umgekehrt wie bisher, bei ihrer Übertragung auf den Mann eines besonderen Aktes bedarf.

Große Arbeitskämpfe in Rheinland-Westfalen

In einer in Essen abgehaltenen Sitzung des Arbeitgeberverbandes Nordwest wurde einstimmig beschlossen, der gesamten Arbeiterschaft zum 1. November unter einstweiliger Aufrechterhaltung des den Gewerkschaften gemachten Angebotes zu kündigen, da die Tarifbindung seitens der Gewerkschaften und die Ablehnung des Arbeitsangebots einen tariflosen Zustand herbeiführen drohen und eine jede weitere Belastung zwangsläufig eine Preiserhöhung erforderlich machen würde, die es den Werken nicht ermöglichen würde, ihre Betriebe nach dem 31. Oktober weiter zu führen.

Der Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie teilt mit, daß zur Unterstützung der Textilarbeitgeberverbände von Düren, M. Glabbach, Mcheid und Wierzen zunächst die Arbeitgeberverbände der rheinisch-westfälischen Textilindustrie einstimmig die Sympathieausperrung ab 27. Oktober beschlossen haben. In der Mitteilung wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeberverbände der genannten Bezirke sich zur unbedingten Verlängerung der bisherigen Tarifverträge bereit erklärt hätten, daß von den Gewerkschaften aber diese Vorschläge wiederholt abgelehnt worden seien. Es sei bekannt und von den Gewerkschaften ausdrücklich zugegeben, daß es sich bei dem Kampf nicht um rein örtliche Vorgänge handle, sondern um eine von den Zentralen der Textilarbeitergewerkschaften angeordnete große Bewegung. In der Erkenntnis dieser Zusammenhänge und der Tatsache, daß die deutsche Textilindustrie weitere Lohnbelastungen nicht verträglich habe sich zur Abwehr der Forderungen die gesamte deutsche Textilindustrie geschlossen hinter die angegriffenen Verbände gestellt.

Gepresstocher in der preussischen Staatsbibliothek. Die preussische Staatsbibliothek in Berlin hat jetzt eine Kopieranstalt in Betrieb genommen, durch die den 506 000 Besuchern der Staatsbibliothek die Möglichkeit einer bedeutend schnelleren Abfertigung geboten wird. Die Kopieranstalt, die mit einem Kostenaufwand von rund 60 000 M. geschaffen worden ist, umfaßt eine Streckenlänge von über 30 Kilometern.

Untergang eines deutschen Dampfers.

W.D. London, 12. Okt. (Tel.) Der britische Landdampfer „Comanches“ traf gestern, vom Sturm schwer mitgenommen, in Falmouth ein. Er berichtete, daß er am 25. September den deutschen Dampfer „Marie Finango“, der sich in Segnet befand, ins Schlepptau genommen und 1000 Meilen weit geschleppt habe. Er habe aber dann das deutsche Schiff aufgeben müssen, das darauf unterging. Die deutsche Besatzung wurde von der „Comanches“ an Bord genommen und in Gorta gelandet.

Panik im Zirkus

W.D. Dresden, 12. Okt. (Tel.) Während einer Vorstellung eines Zirkus auf dem Seebellplatz in Dresden-Cotta wurde gestern Abend der Dompteur Georg Lutz von einem großen Braunbären angefallen und schwer verletzt. Mit Mühe konnte man ihn aus dem Vorführungsloft herauschaffen, wobei noch mehrere andere Personen verletzt wurden. Dabei gelang es auch dem Bären, aus dem Käfig zu entkommen, wodurch im Publikum eine Panik entstand. Das Tier wandte sich in den Pferdestall und fiel dort eine Zirkusreiterin an, die gleichfalls Verletzungen davontrug. Schließlich mußte der Bär durch das herbeigerufene Überfallkommando erschossen werden. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Zustand des Dompteurs soll ernst sein.

Warenhausbrand in Berlin

Bei einem Brande im Warenhaus Tietz zu Berlin wurden acht große Schaufenster und die dahinterliegenden Verkaufsräume zerstört.

Badischer Teil

„Sorgen der Rechtskandidaten. Die Methoden bei der Referendaprüfung“

(Manuskript gesteuert.)

In den „Heidelberger Neuesten Nachrichten“ vom 9. D. M. Nr. 200 ist ein Aufsatz „Sorgen der jungen Kandidaten. Die Methoden bei der Referendaprüfung“, enthalten, der grobe Unrichtigkeiten enthält und nicht nur in den Kreisen der Rechtskandidaten Unruhe schaffen muß, sondern auch der Öffentlichkeit ein vollkommen falsches Bild von der Art der badischen ersten juristischen Prüfung gibt. Abgesehen von sonstigen Unrichtigkeiten, stellt der Aufsatz die Behauptung auf, in Baden gelte für das Bestehen der ersten juristischen Prüfung ein numerus clausus, der zur Folge habe, daß jeweils nur eine bestimmte Anzahl der Rechtskandidaten die Prüfung bestehen könnte, während alle, die nicht unter die Zahl derjenigen fallen, die für den Staatsdienst in Frage kommen, zwangsläufig durchfallen müßten, obgleich sie die zum Bestehen des Examinens erforderlichen Kenntnisse besäßen. Diese Darstellung ist falsch und verkennt vollständig den Zweck und die Art der ersten juristischen Prüfung. Ein numerus clausus besteht weder für die Zulassung zur ersten Prüfung noch für das Bestehen dieser Prüfung. Die erste Prüfung ist nicht nur die Eingangsprüfung zum staatlichen Vorbereitungsdienst, sondern gleichzeitig der Abschluß der Universitätsstudien. Die Prüfung hat festzustellen, ob sich der Kandidat die für seinen künftigen Beruf notwendige allgemeine rechts- und staatswissenschaftliche Bildung sowie die für die Aufnahme des Vorbereitungsdienstes erforderliche Befähigung zur praktischen Anwendung des Rechts erworben hat. Ob dies der Fall ist, wird durch eine Prüfungskommission ermittelt, die aus Justiz- und Verwaltungsbeamten und Universitätsprofessoren zusammengesetzt ist. Zugelassen zur Prüfung wird jeder, der den in der Vorbereitungsordnung aufgestellten Erfordernissen genügt. Die Prüfung besteht jeder, der den in ihr gestellten Anforderungen entspricht. Die Güte der Leistungen in der schriftlichen Prüfung ist dem mündlichen Prüfungswort nach einem genau festgelegten Punktsystem festzustellen. In der schriftlichen Prüfung stellt jeder der sechs Prüfungskommissionäre zwei schriftliche Aufgaben. Diese werden von dem Berichterstatter und einem anderen Kommissionsmitglied als Mitberichterstatter bewertet. Berichterstatter und Mitberichterstatter sind in der Bewertung unabhängig voneinander und von den übrigen Mitgliedern der Prüfungskommission. Die gleiche Punktbewertung findet in den einzelnen Fächern der mündlichen Prüfung statt. Wer die ein für allemal festgelegte Mindestpunktzahl erreicht hat, muß von der Prüfungskommission für bestanden erklärt werden. Rückfragen auf den etwaigen späteren Bedarf der Staatsverwaltung an juristisch vorgebildeten Beamten bei der Punktbewertung sind nicht nur unmöglich, sondern auch überflüssig; denn die erste juristische Prüfung bildet nicht nur den Eingang zum staatlichen Vorbereitungsdienst, zu dem jeder Rechtskandidat nach bestandener erster Prüfung auf eigene Gefahr und ohne daß hieraus für den Staat Ausgaben erwachsen, zugelassen wird, sondern auch das Abschlußexamen für Rechtsstudierende, die nicht in den staatlichen Vorbereitungsdienst eintreten und die zweite juristische Prüfung nicht ablegen wollen. Daß sogar die an der Prüfung teilnehmenden Professoren sich von der Justizverwaltung in der Bewertung der Leistungen beeinflussen lassen, wird wohl auch der Verfasser des Aufsatzes nicht annehmen wollen.

Auch bei der Zulassung zur zweiten juristischen Prüfung nach Ableistung des dreijährigen Vorbereitungsdienstes findet eine Beschränkung der Zahl der Prüflinge nicht statt. Ebenso wenig ist etwa der künftige Bedarf an juristischen Beamten irgendwie von Einfluß auf das Ergebnis der zweiten Prüfung. Wie in der ersten Prüfung wird das Ergebnis rein objektiv durch Punktbewertung ermittelt. Eine andere Sachbehandlung ist schon deswegen nicht möglich, weil das zweite Examen nicht nur die Befähigung zum Eintritt in den höheren badischen Staatsdienst, sondern auch den Eintritt zum Reichs- oder Kommunaldienst ermöglicht und die Voraussetzung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bildet. Der numerus clausus, von dem der Artikelfschreiber in vollkommenster Verkennung der wirklichen Verhältnisse ausgeht, besteht lediglich bei der Übernahme von Ämtern nach bestandenen zweiten Examen in die Justizverwaltung und die innere Verwaltung Badens. Diese — und nur diese — erfolgt allerdings nur nach Bedarf. Daß schon gar bei der ersten juristischen Staatsprüfung Erwägungen über den künftigen Bedarf maßgebend wären oder sein könnten, ist eine mindestens sehr leichtfertige Unterstellung des Artikelfschreibers, der gerade im Interesse der Rechtskandidaten und der Rechtsstudierenden nicht scharf genug entgegengetreten werden kann.

Richtig ist, daß in den letzten Jahren die Zahl derjenigen Rechtskandidaten, die die letzte juristische Staatsprüfung nicht bestehen, verhältnismäßig groß ist. Dies hat aber seine Ursache nicht in der Methode der badischen ersten Prüfung, sondern in den Leistungen der Rechtskandidaten. Die Leistungen der Rechtskandidaten zwingen zu dem Schluß, daß immer noch trotz aller Warnungen und Hinweise seitens der Justizverwaltung eine übergroße Anzahl von Abiturienten sich dem juristischen Studium zuwenden, ohne daß sie die dafür erforderliche besondere Eignung besitzen. Die Ansicht scheint immer noch weit verbreitet zu sein, es könne sich jeder, der keine besondere Neigung für ein anderes Studium besitzt, dem Rechtsstudium widmen. Demgegenüber kann nur immer wieder betont werden, daß Studierende nur dann die juristische Laufbahn wählen sollen, wenn sie eine besondere Begabung und Neigung für die juristische Denk- und Arbeitsweise besitzen. Es wird seit langem angekreht, schon an den höheren Lehranstalten den künftigen Abiturienten durch Ausbau des staatsbürgerlichen Unterrichts Gelegenheit zu geben, wie die Grundzüge anderer Fachwissenschaften, so auch die Grundlagen der juristischen Berufstätigkeit kennenzulernen, weil dadurch wohl die Zahl der ungeeigneten Rechtsstudierenden sich wesentlich vermindern würde. Solange dies noch nicht durchgeführt ist, kann den Rechtsstudierenden nur dringend empfohlen werden, schon in den ersten Semestern, in denen ein Studienwechsel noch ohne allzu große wirtschaftlichen Nachteile möglich ist, eine ernste Selbsterprüfung auf ihre Eignung für den juristischen Beruf vorzunehmen. Mancher Mißerfolg könnte durch den Einzelnen wohl auch durch zweckmäßigere Gestaltung des Studiums oder durch energischeren Studienbetrieb vermieden werden. Wer im ersten juristischen Examen keinen Erfolg hat, muß sich selbst zuschreiben. An der Art und der Methode der Staatsprüfung liegt dies nicht. Gerade der Ausbau des Punktsystems und die ganze badische Prüfungsreform gibt eine genügende Gewähr dafür, daß der wahre Wert der Leistungen der Kandidaten so objektiv, wie nur irgend möglich festzustellen wird.

Die kirchlich-liberale Vereinigung will ihre Herbstlandtagsversammlung am 31. Oktober und 1. November in Karlsruhe abhalten.

Auch eine Koalitionsbetrachtung

Unter dieser Überschrift schreibt Staatspräsident Dr. A. Memmel in Karlsruhe „Volksfreund“:
Herr Prälat Dr. Schofer bezeichnete es bei seiner jüngsten Rede als auffallend, daß ich unlängst eine Betrachtung über die nächste Regierungskoalition angestellt hätte. Meine, einem Reporter gegenüber gemachte Bemerkung, nach den kommenden Landtagswahlen sei zu prüfen, wie sich die Koalitions-politik fernerhin zu gestalten habe, veranlaßte den Führer des Zentrums zu der Erklärung, auch seine Partei werde diese Prüfung anstellen. Das Ergebnis derselben sei jedoch von der Zahl der Anhänger beeinflusst, die bei der Wahl mar-schieren. Das ist ganz meine Meinung, nur hoffe ich auf recht viele neu gewonnene sozialdemokratische Stimmen.

Die Landtagswahl ist im Spätherbst des nächsten Jahres fällig. Bis dahin geht noch einiges im Deutschen Reich, das auf die Gestaltung der politischen Zustände in den Ländern nicht ohne Einfluß bleiben dürfte. Die sich immer weiter ausdehnende Übertragung von Landesaufgaben auf die Reichs- oder auf die Selbstverwaltung bringt die Frage eines weite-ren Abbaues der Regierungsmaschinerie des Landes in Fluß. Schon heute ist es für den Landtag nicht leicht, die Erziehung seiner jährlichen Tagungen aufrecht zu erhalten. Die Länder sind eben auf vorgelagerten Gebieten des öffentlichen Lebens nur noch Vollzugsorgane des Reichswillens und in-folgedessen schrumpfen die Möglichkeiten für eine eigene Ge-setzgebungsarbeit im Lande immer mehr zusammen. Kleine Länder haben hierin den Vorrang gegenüber den größeren.

Die Übertragung der Finanzhoheit und der Eisenbahnver-waltung auf das Reich, hat seinerzeit eine Verkleinerung des Finanzministeriums zur Folge gehabt, und infolgedessen hielt man es bei Auflösung des Arbeitsministeriums für op-portun, die Wasser- und Elektrizitätswirtschaft und das Land-straßenwesen vom Finanzminister betreuen zu lassen, an-statt damit wieder das Innenministerium zu betrauen, wie das vordem war und in anderen Ländern des Reiches der Fall ist. Nunmehr ergeht es der inneren Verwaltung so, wie ehemals der Finanzverwaltung. Inwiefern von dieser Entwicklung auch die Justiz und das höhere Bildungswesen, die Universitäten, erfasst werden, bleibt noch abzuwarten. Der Umstand, daß infolge des Defizits im Staatsbudget dringende Staatsaufgaben nicht mehr, oder nicht mehr rechtzeitig erfüllt werden können, läßt auch die Frage einer Verkleinerung von bisher ungenutzten Staatsaufgaben zur Diskussion her-anretzen. Man mag diese Entwicklung bedauern, ihre Er-greifung läßt sich nicht mehr beitreten. Im Interesse der Ver-hauptung des Oberlandes als deutsches Kulturzentrum, wäre mir eine baldige Lösung des Reichs- und Länderproblems sympathischer gewesen, denn ich fürchte, es wird an der un-organischen Entwicklung desselben letzten Endes niemand seine Freude haben. Die Subventionspolitik des Reiches schlägt in die Front der Föderalisten fortwährend schwere Pfeile, und es sind heute nicht mehr nur Oberbürgermeister, die unter die schließenden Fittiche der Reichsfinanzverwaltung zu flüchten versuchen. Stünde das Reparationsproblem nicht immer noch ungelöst vor uns, dann wäre die Situation noch keine so ernste. So aber sieht man vorerst nur ganz langsam Klar, was geschehen kann und geschehen muß.

Mit der Stellungnahme zu diesem Fragenkomplex, der, wie gesagt, im nächsten Jahre allgemein spruchreif wird, läßt sich nach meiner Meinung auch die Frage, welche Art von Koalition im Lande Baden zukünftig sein kann. Einen wichtigen Grund, die bisherige Koalitionsbasis zu verlassen, sehe ich nicht. Jede Koalition hat zeitweise Schwierigkeiten. Auch in Zukunft wird das so sein. In der Vergangenheit waren diese sicherlich viel größer, als sie in der Zukunft je sein können, es sei denn, daß Schwierigkeiten künstlich geschaffen werden, oder daß man, sofern solche auf natürlichem Wege aufkom-men, nicht den Mut aufbringt, mit ihnen fertig zu werden.

So wie die politischen Machtverhältnisse in Baden nun ein-mal liegen, handelt es sich hierbei in erster Linie darum, wie sich Zentrum und Sozialdemokratie in der Koalition zuecht-finden. Unmittelbar nach der letzten Reichstagswahl hatte es den Anschein, als ob keine der beiden Parteien mehr Lust habe, die Weimarer Koalition fortzuleben zu lassen. Die bei der Beratung des Budgets im Landtag vom Zentrum einge-schlagene Verhandlungsstrategie nahm auf die Empfindungen der sozialdemokratischen Fraktion gar zu wenig Rücksicht. Beide Fraktionen suchten und fanden schließlich wechselseitig ihre Mehrheit mit Hilfe der — Oppositionsparteien. Das Spiegelbild solch einer Politik zeigte sich denn auch in den Presseorganen beider Parteien. Waren in dieser Zeit große, lebenswichtige Fragen des Landes zur Diskussion gestanden, dann würde dieser Zustand der Rücksichtslosigkeit gegen die Koalitionsinteressen sicher großes Unheil angerichtet haben.

Die tiefere Ursache für diesen Vorgang ist in dem Ergebnis der Reichstagswahl zu erblicken. In beiden Parteien machte man dafür die Landespolitik verantwortlich. Wäre das kleine Land Baden im Rahmen der Reichspolitik von solcher Bedeutung, daß seine Politik auch auf das Ergebnis einer Reichstagswahl einen bestimmten Einfluß ausüben ver-möchte, dann könnte man sich darüber herzlich freuen. Leider ist das nicht der Fall. Je kleiner das Land, desto geringere Bedeutung für das Volksganze hat die Landespolitik.

Das Gewicht Preußens im Getriebe der Reichspolitik sieht sich halt ganz anders an, als jenes von Baden oder Hessen. Und wenn dann gar noch die Bevölkerungszahl vorwie-gend eine so kleinbäuerliche Struktur aufweist, wie in Baden, wo die einheimischen Industriearbeiter in großer Zahl auf ihrer Landeshalle sitzen und infolgedessen das Geschrei gegen die Sozialisten und gegen die Grund- und die Gebäudeson-dersteuer mit erhobener, so hat man damit die Schlüsselstellung für die Betrachtung der wahren Ursachen des Wahlausganges.

Aufhebung des Sichtvermerkszwangs mit Spanien

Wie schon kurz gemeldet, ist mit der Spanischen Regie-rung die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges im Verkehr zwischen dem Deutschen Reich und Spanien mit Wirkung vom 15. Oktober 1928 vereinbart worden. Die Vereinbarung erstreckt sich hauptsächlich auf das spanische Festland, die Balearen, die Kanarischen Inseln und die spanischen Hohe-seeplätze in Marokko.

Eröffnung der Bahnstrecke Redarkleinach-Schönan

Die neue Bahnstrecke Redarkleinach-Schönan b. Heidelberg wird nach einer Bekanntmachung der Reichsbahndirektion Karlsruhe am 21. Oktober eröffnet.

Aus der badischen Industrie

Aus der Zigarrenindustrie des Odenauer Landes. Das Fa-brikgebäude der eingegangenen Zigarrenfabrik Fr. Grunbler A.-G. in Freilicht ist an eine Bruchfabrik Zigarrenfabrik län-glich übergegangen, welche in aller Kürze den Betrieb darin wieder aufnehmen wird. Diese Maßnahme ist im Hinblick der zahlreichen arbeitslosen Zigarrenmacher der Gemeinde sehr zu begrüßen.

Wechsel im Kommando des 14. (Bad.) Infanterie-Regiments

Der Kommandeur des 14. (Bad.) Infanterieregiments, Oberst Waentler von Dautenschweil, wird mit Wirkung vom 1. November 1928 unter Belassung in seiner Stellung als Landeskommandant in Baden zum Chef des Stabes des Gruppenkommandos 2 in Kassel ernannt.

Als Nachfolger kommt Oberst Boehm-Tettelbach, bisher beim Stabe des 4. Preussischen Infanterieregiments (Kolberg), am 1. November 1928 als Kommandeur des 14. (Bad.) In-fanterieregiments nach Konstanz.

Die Notlage der Stadt Kehl

Die Stadtverwaltung Kehl hat den Reichs- und Landesbehörden, den Mitgliedern des Reichstages und des Badischen Landtages und den Mitgliedern des Reichs-rates eine ausführliche Denkschrift „Die Notlage der Stadt Kehl infolge Grenzziehung und Besetzung“ überreicht, in der es unter anderem heißt:

Kehl ist seit 1919 die einzig dauernd besetzte Stadt in Baden und hat gleichzeitig am unmittelbarsten und schwersten unter der neuen Grenzziehung zu leiden. Mit seinen 10 000 Einwohnern war es vor dem Kriege ein Vorort Straßburgs. Seine Standorter bezogen durchschnittlich 90 Prozent ihres Einkommens aus Aufträgen Straßburgs und des Elsaß. Die Straßburger füllten die Kehler Gasthäuser. Hunderte von Kehlern gingen täglich über die Brücke durch ihren Ver-bienst nach. Nicht wenige Straßburger hatten sich in Kehl eingekauft und verkehrten hier ihr Einkommen. Mit der Ab-trennung und dem Einmarsch der Franzosen ist Kehl seiner natürlichen Existenzbedingungen beraubt. Auch bedeuten die Orte des Odenlandes nicht mehr so viel für Kehl, wie früher. Nahezu 1000 Arbeiter sind durch die Abtrennung mehr oder weniger brotlos geworden. Die Umstellung auf neue Arbeitsmöglichkeiten ist unmöglich. Rund 200 ausgewie-sene Elsfamilien haben sich hier angesiedelt und vermeh-ern die Not.

Es wird in absehbarer Zeit nicht möglich sein, daß Kehler im Straßburger Wirtschaftsleben wieder Fuß fassen. Auch die Entwicklungsmöglichkeiten des Kehler Hafens ist außerordent-lich gehemmt. Große, zur Industrieansiedlung und Hafens-ausbau bestimmte Gelände liegen bis heute noch ertragslos. Es besteht keine Aussicht, sie ihrem Zweck zuzuführen. Wech-terere am ersten Hafen eingerichtete Umschlags- und Fabrik-betriebe mühen ihre Anlagen 1920 zugunsten französischer Firmen für 7 und 10 Jahre abtreten. Die Konkurrenz des heute französischen Hafens Straßburg ist außerordentlich stark. 1927 war der Umschlag in Straßburg doppelt so groß wie 1913, in Kehl erreichte er ungefähr diese Ziffer. Straß-burg hat bei Friedensschluß diese Erdrosselung des Kehler Hafens gewünscht und ihm ist in erster Linie die Besetzung Kehls und Enteignung seines Hafens zu danken. Es besteht die Gefahr, daß der weitere Ausbau des Straßburger Hafens in Verbindung mit dem geplanten Rheintalfernanal den Kehl-er Hafen endgültig zum Erliegen bringt. Die Folge aller dieser Verhältnisse war die seit Jahren anormal hohe Arbeits-lostigkeit in Stadt und Bezirk mit durchschnittlich 5 Prozent. 1928 ist die zehnfache Summe (230 000 M) wie 1913 in den Fürsorgetät der Stadt Kehl eingestellt worden.

Die finanziellen Verhältnisse der Stadt sind katastrophal. Die Steuerkraft ist um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Die Folge davon ist eine beträchtliche Steigerung der Steuer-lasten. Straßburg war aber auch Kulturzentrum für Kehl. Dazu kamen die großen sozialhygienischen Einrichtungen. Das ist durch die Grenzziehung alles fortgefallen. Schulverwei-rungen und Vergrößerungen des Krankenhauses sind die Folge. Kehl war aber auch durch die Besetzung jahrelang aus der deutschen und badischen Wirtschaft so gut wie aus-geschaltet. Auch im gegenwärtigen Augenblick lassen sich wirtschaftliche Projekte noch nicht durchführen. Die französische Besetzung und die ausgewiesenen Elsfamilien haben eine fühlbare Verschärfung der Wohnungsnot gebracht. Dazu kommt der Zugang von Familien der Grenzbeamten.

Was es kulturell und politisch heißt, seit neun Jahren unter französischer Militärherrschaft nicht mehr frei und unbefehligt atmen zu können, das braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Auch die jahrelangen seelischen Leiden und Noe, die Beschlagnahmen, Bedrückungen, Schikanen, wirtschaftlichen Schädigungen und Ausweisungen hat Kehl mit dem übrigen besetzten Gebiet teilen müssen. Zum Schluß fordert die Denkschrift möglichst baldige Befreiung Kehls von der französischen Besetzung, ein möglichst fortschrittliches und weitgehendes Grenzabkommen für die Bevölkerung diesseits und jenseits des Rheins, eine Kräftigung des Kehler Hafens, die Durch-führung der Kinzigregulierung, die Unterstützung bei der An-siedlung neuer Arbeitsgelegenheit, Anstelle der völlig unzu-reichenden Nebenbahn eine Hauptbahnlinie mit direkter Ver-bindung nach Karlsruhe ohne den Umweg über Appenweier-Offenburg. Vor allem aber fordert die Stadt die besondere Berücksichtigung seiner Anträge in bezug auf die neugestellten Aufgaben und eine Anpassung der Bestimmungen über die Arbeitslosen- und Krisenfürsorge an die Kehler Verhältnisse. Schließlich noch eine Berücksichtigung der Kehler Wirtschaft bei Staats- und Reichsaufträgen, wobei diese den Zuschlag auch dann erhalten soll, wenn sie nicht mehr als 5 Pro-zent teurer ist, als der niedrigste Anbieter.

Die Herbsttagung der Deutschen Landwirt-schaftsgesellschaft in Heidelberg

Heidelberg, 12. Okt. Die diesjährige große Herbst-tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hat heute mit einer Sitzung des Ausschusses für Sühnerinderzucht ihren Anfang genommen. Weitere Kommissionssitzungen finden im Laufe des Freitags statt. An der Tagung werden vor-aussichtlich annähernd 2000 Personen teilnehmen.

Heute Freitag, nachmittags 5 Uhr, findet im Großen Saale der Stadthalle eine öffentliche Versammlung des Sonderaus-schusses für Mais statt, in der Professor Dr. h. c. Fingert, Leipzig, über „Die Vorteile der Maislage in der bäuerlichen Wirtschaft“ berichtet wird. Über „Praktischen Anbau und Entwicklungsmöglichkeiten des Maisbaues in Deutschland“ referiert Saatgutinspektor Dr. Heber, Kassel.

Dieser Versammlung des Sonderausschusses für Mais ging am Donnerstag eine Besichtigung der Saatzuchtsanstalt Kassel voraus. Besichtigt wurden die Maisverbrauche und Verme-hrungen der Saatzuchtsanstalt, die vorhandenen Maismaschinen, die vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft zusammen mit der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft er-bauten Trockenanlagen, sowie die übrigen Einrichtungen der Saatzuchtsanstalt. Am Nachmittag wurde eine Fahrt über Baden-Baden nach dem Versuch- und Lehrgut für Weinbau der Badischen Landwirtschaftskammer, Schloß Eberstein, un-ternommen. Abends begaben sich die Teilnehmer nach Hei-delberg zurück.

Die Mannheimer Häfen im September 1928

Der Güterumschlag in den Mannheimer Häfen hat sich gegenüber dem Vormonat kaum nennenswert geändert. Er beträgt nicht ganz 16 000 Tonnen mehr, bleibt dagegen gegen das Vorjahr um 12 500 Tonnen zurück. Die Anfuhr an Holz, Kohlen und Erzen hat mehr oder weniger abgenommen, an Getreide um rund 38 000 Tonnen zugenommen.

Es kamen an: im ganzen 137 Boote mit eigener Trieb-kraft, davon 14 leer, 930 Schleppfähne, davon 95 leer.

Es gingen ab: im ganzen 130 Boote mit eigener Trieb-kraft, davon 9 leer, 930 Schleppfähne, davon 561 leer.

Hierzu entfallen auf 1. Handelshäfen: an 121 Boote mit eigener Triebkraft, 608 Schleppfähne, ab 115 Boote mit eigen-er Triebkraft, 609 Schleppfähne.

2. Industriebäfen: an 2 Boote mit eigener Triebkraft, 149 Schleppfähne, ab 2 Boote mit eigener Triebkraft, 163 Schlepp-fähne.

3. Rheinauhäfen: an 14 Boote mit eigener Triebkraft, 178 Schleppfähne, ab 13 Boote mit eigener Triebkraft, 158 Schlepp-fähne.

Die Güterbewegung betrug im ganzen 542 045 Tonnen (im Vorjahr 555 567 Tonnen), davon

	Anfuhr:	Abfuhr:
im ganzen	460 657 t	62 181 t
Rhein zu Berg	430 517 t	8 302 t
Rhein zu Tal	30 140 t	53 879 t

Hierzu entfallen auf

	Anfuhr	Abfuhr
1. Handelshäfen	258 745 t	51 215 t
2. Industriebäfen	79 204 t	7 029 t
3. Rheinauhäfen	122 708 t	3 937 t

Der Umschlag von Sumpfschiff zu Sumpfschiff betrug: auf dem Rhein 19 207 t, auf dem Redar —

Von den wichtigsten Güterarten nehmen an diesem Verkehr teil:

	Anfuhr	Abfuhr		
	Zu Berg	Zu Tal	Zu Berg	Zu Tal
Holz	60 487	—	12	252
Getreide	84 758	—	2 185	509
Kohle	218 657	7 036	—	900
Nehl	3 619	—	2 610	4 291
Kies und Sand	1 912	22 632	—	—
Roheisen	5 815	—	—	—
Eisen aller Art	4 262	—	—	2 364
Holzgüter	446	—	—	7 858
Erze	8 753	—	—	4 955
Zement	—	100	—	452
Düngermittel	300	—	—	16 200
Salz	—	—	—	—

Der Wasserstand des Rheins hat während des ganzen Monats immer mehr abgenommen. Er betrug in Mannheim am 2. September 3,27 Meter und Ende des Berichtsmontats nur noch 2,17 Meter. Fast dieselben Messungen zeigte der Redar-pegel. Demzufolge hat der Umschlag von Sumpfschiff zu Sumpfschiff (Leichtungen) auf dem Rhein zugenommen. Die Redarschiffahrt war wegen Niedrigwasser auch in diesem Mo-nat stillgelegt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. Okt.	10. Okt.
Amsterdam 100 G.	168,23	168,57
Kopenhagen 100 Kr.	111,95	112,17
Italien . . . 100 L.	21,98	21,02
London . . . 1 Pf.	20,358	20,398
New York . . 1 D.	4,1975	4,2055
Paris . . . 100 Fr.	16,385	16,425
Schweiz . . . 100 Fr.	80,71	80,93
Wien 100 Schilling	59,00	59,12
Brag . . . 100 Kr.	12,437	12,457

Gemeinderundschau

Für den Bau der Schloßbergbahn in Freiburg. In der Generalversammlung des Lokalbundes Freiburg-Oberstadt wurde folgende Entschlieung einstimmig angenommen: Die Aussprache über die Schloßbergbahn hat erneut den einmütigen Beschluß ergeben, den Stadtrat dringend zu eruchen, die Schloßbergbahn nach den Plänen und Gutachten in der Vorlage an den Bürgerausschuß wieder vorzulegen. Die Bir-gerschaft erwartet, daß der Stadtrat jetzt nicht mehr zögern wird, das „Kleinod Freiburgs“, unsern herrlichen Schloßberg, durch den Bau der Schloßbergbahn dem gesamten Fremden-verkehr und den Einheimischen aller Kreise zu erschließen.

Vergrößerung des Stadgartens in Singen. Der Stadtrat in Singen soll durch eine Verlegung der Straße zwischen der neuen Unter-Scheffel-Brücke erheblich vergrößert werden.

Praktische Arbeitslosenhilfe. Um der Arbeitslosigkeit zu steuern, beschäftigt die Stadtgemeinde Eberbach eine Reihe ausgesetzter Erwerbsloser mit dem Bau von 1200 Metern Radwegen und fährt auch sonst eine Reihe von Straßenver-besserungen im Interesse des Fremdenverkehrs ins Auge.

Umbau der alten Post in Kattatt. Die Städtische Sparkasse Kattatt läßt gegenwärtig das alte Posthaus für ihre Zwecke umbauen. Der Verwaltungsrat beschloß, auf den Hauptbau an der Kaiserstraße ein drittes Stockwerk aufzubauen.

Der Bürgerausschuß Rheinfelden änderte einen Darlehens-vertrag zwischen den Kraftübertragungswerken Rheinfelden und der Stadtgemeinde Rheinfelden über die Rückzahlung des Restbetrages von 184 000 M. dahin ab, daß dieser nicht inner-halb von vier Jahren, sondern innerhalb von sechs Jahren zu tilgen ist. Die Tilgung innerhalb von vier Jahren ist für die Gemeinde aus finanziellen Gründen nicht tragbar. Fern-er beschloß der Bürgerausschuß die Erstellung von 12 No-twohnungen, und zwar acht Zweizimmerwohnungen und vier Dreizimmerwohnungen. Der Kostenaufwand hierfür beträgt nur 40 000 M., einschließlich Baugelände. Gegen diese Art von Erstellung von Notwohnungen wurde aus der Sozialde-mokratischen Partei heraus Einspruch erhoben.

Der Brunnen am Markt in Weinheim. Mit den Funda-mentierungsarbeiten für die Wiederherstellung des historischen Marktbrunnens in Weinheim ist begonnen worden. Die Brunnenfigur wird nach den Entwürfen des Bildhauers Scheid in Darmstadt erstellt. Man hofft, den Brunnen, der ein Jubiläumsgeschenk des Gemeinnützigen Vereins an die Stadt Weinheim darstellt, noch im Laufe des Monats Okto-ber fertigstellen zu können. Die Stadt wird dadurch um eine heimliche Zierde von hohem Wert bereichert werden.

Kraftfahrzeugvorschriften in St. Blasien. Mit Rücksicht auf die zur Erholung in St. Blasien weilenden Gäste ist der Kraftfahrzeugverkehr in St. Blasien besonders geregelt worden. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 20 Kilometer. Da in letzter Zeit Fahrzeuge mit 50 und 60 Kilometer Geschwindigkeit auf der einzigen Straße durch den Ort rasen, ist eine verstärkte Kontrolle durch die Polizeiorgane angeordnet worden.

Aus der Landeshauptstadt

Vortrag über Vincent van Gogh. Mit der Verwirklichung des glücklichen Gedankens, in Verbindung und zur Ergänzung der van-Gogh-Ausstellung in der Badischen Kunsthalle einen Vortrag zu veranstalten, hat sich die Gesellschaft für geistigen Aufbau wieder ein großes, beispielgebendes Verdienst erworben. Das zeigte nicht nur der vollbelegte Vortragsaal, sondern mehr noch die gespannte Aufmerksamkeit, mit der die Ausführungen des Redners entgegengenommen wurden. In Dr. Kurt Martin (vom Landesmuseum) war außerdem ein Fachmann gewonnen, aus dessen Worten eine so ernsthafte Beherrschung der Materie spürbar wurde, daß jeder seine Darlegungen respektieren mußte, auch wo sie aus dem Rahmen einer kunstwissenschaftlichen Erörterung in eine, übrigens sehr bedächtig abgegrenzte, subjektive Meinungsäußerung übertraten. Ausgehend von der unglücklichen Einheit von Leben und Werk, die das Problem van Goghs so ungeheuer interessant und menschlich tief ergreifend macht, zeichnete er erst ein Bild der äußeren Daseinshaltung, formulierte treffend deren einzelne Stationen, die vom Kunsthandlender über den Lehrer zum Pfarrer und Laienprediger führen und notwendigerweise bei dem Künstler enden. Dann gab er eine erschöpfende Deduktion des in einem knappen Dezennium produzierten Gesamtwerks (800 Bilder, 2000 Zeichnungen), wies auch dabei auf die erkennbaren Merkmale der immer wieder sich vollziehenden Wandlungen hin und erläuterte das Gesagte sehr anschaulich und eingehend an einigen im Lichtbild vorgeführten Werken, in denen die neuen Wendungen — in besonderem Maße die typischen Niederschlag gefunden haben. Sehr aufschlußreich, wenn schon etwas flüchtig skizziert, waren auch die aus dem häufigen Wechsel des Ortes jeweils für die schöpferische Entwicklung sich ergebenden Folgerungen, von besonderer Wichtigkeit noch, wie die letzte Wesensausprägung der so problematisch gelagerten Erscheinung erörtert und von der psychopathologischen Seite her untersucht hat. Jedenfalls gelang es Dr. Martin, von diesem aus Fatalismus und Aktivismus, aus Schicksalsergebenheit und Gestaltungsdrang geformten Künstlerleben ein so charakteristisches und aufklärendes Bild zu entwerfen, daß wohl jeder Hörer etwas fand, das ihm für die eigene Auseinandersetzung nicht nur mit dem speziellen Fall van Gogh, sondern mit noch manch anderen Kunstfragen förderlich war.

Badisches Landestheater. Im Zirkus der Neuenstudien dieser Spielzeit haben wir bei historischer Tendenz mit der Erstaufführung von Schillings „Mona Lisa“ die moderne Oper erreicht. Unter den Werken des zeitgenössischen Komponisten nimmt dieses Liedrama, das 1915 in Stuttgart uraufgeführt wurde, eine hervorragende Stellung ein. Sicherlich wird sich Schillings mit dieser Oper, die am Sonntag, den 14. Oktober, 19 1/2 Uhr, unter der Regie von Dr. Hermann Butterpennig in Szene gehen wird, auch in Karlsruhe viele Freunde erwerben. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Rudolf Schwarz.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte. Durch das über Skandinavien und dem Nordmeer bis Grönland lagernde stabile Hoch mit sehr niedriger Temperatur (bis zu 9 Grad Kälte) sind die in ununterbrochener Reihe vom Ozean kommenden Aufwinde durch südlich liegende Zustrome verdrängt worden. So ist das gestern noch über England gelegene Tief in energischem Vorstoß nach Mitteldeutschland gestoben. Bis zu den Alpen sind wieder Regenschübe eingetreten, und auch nördlich der Mainlinie hat der Luftzustrom einen Temperatursturz bis aus 4 Grad gebracht, während unser Gebiet auf der Südseite der Tiefdruckrinne verbleibt. Weiterhin meist wolfig mit Regenfällen, mild.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim, 11. Okt. Direktor Konstantin Weizsäcker, der Leiter der Dampfmaschinenabteilung der Brown, Boveri & Cie A.-G. in Mannheim, ist durch Herzlähmung im Alter von 49 Jahren plötzlich in Baden (Schweiz) gestorben.

Hd. Heidelberg, 12. Okt. Der Neubau des Instituts für medizinische Forschung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft macht gute Fortschritte. Am den Mittelbau mit Bäckerei und Verwaltungsräumen gliedern sich die Bauten für die Sonderinstitute.

Hd. Lauda (bei Tauberhofsheim), 12. Okt. Die Weinlese hat hier begonnen. Die Quantität läßt zu wünschen übrig, die Qualität dagegen ist sehr gut. Gemessen wurde nach Döfles 75—80 Grad, bei Oberlin sogar 105 Grad.

Hd. Rast (bei Offenburg), 12. Okt. Gestern abend um 16.50 Uhr entgleiste im Bahnhof aus bisher noch nicht aufgekärter Ursache die Lokomotive und ein Wagen einer Rangierabteilung des Güterzuges 8571. Auf der durchgehenden Hauptstrecke war der Verkehr auf die Dauer von einer Stunde gesperrt. Der Personenverkehr wurde bei einem Zugpaar durch Umsteigen aufrechterhalten. Personen kamen nicht zu Schaden. Der Sachschaden ist unbedeutend.

Dr. Freiburg i. Br., 11. Okt. Kapellmeister Maximilian Albrecht, der bisherige Dirigent des Chorvereins Freiburg, des Freiburger Männergesangsvereins und der Vereinigten Männergesangsvereine Freiburgs, wurde an die Berliner Kunstschule als Leiter des Musikfunktionsberufen.

Dr. Freiburg i. Br., 11. Okt. Die Freiburger Studentenhilfe e. V. beschließt einen Aufruf, in dem sie so rasch wie möglich 3000 Zimmer für Studenten im Wintersemester 1928/29 sucht.

Breisach, 11. Okt. Gegenwärtig ist man, wie die „Breis. Ztg.“ meldet, mit der Wiederherstellung der beiden Münstertürme beschäftigt. Dabei wurde die bedauerliche Entdeckung gemacht, daß der nördliche Turm in seinem oberen Teil Risse zeigt, die auf einen beginnenden Zerfall hindeuten. Um dem weiteren Fortschreiten dieses Ubelstandes Einhalt zu bieten, soll eine Verankerung durch kräftige Eisenstangen eingebaut werden.

Hd. Efringen (bei Lörrach), 11. Okt. Nachdem erst vor kurzer Zeit ein Reblausherd hier festgestellt wurde, sind bereits zwei weitere verheerende Reblausherde entdeckt worden. Die entsprechenden Abwehrmaßnahmen sind von der Gemeinde ergriffen worden.

Dr. Hertenling, 11. Okt. Der Sonderausweis für Bodenbesitzer, durch den diese bei der Bodenschiffahrt eine Ermäßigung von 33 1/2 Prozent erhielten, wird mit dem 1. Januar 1929 wegfallen.

Am 21. Oktober d. J. wird die neue Bahnstrecke **Kedarsteinag-Schnau** h. Heidelberg eröffnet.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres. Mit dem 1. November 1928 werden ernannt:

die Generalmajore: von Benz zu Niederlahnstein, Kommandeur des Inf.-Regts. 20 zum Kommandanten von München; von Kundstedt, Chef des Stabes des Gruppenkommandos 2 zum Kommandeur der 2. Kav.-Div.; die Obersten: Freiherr von Frisch, Abt.-Leiter im Reichswehrministerium, zum Kommandeur des Art.-Regts. 2; Wuff, Reichswehrministerium, zum Chef des Stabes der 8. Kav.-Division; Knochenhauer, Chef des Stabes der 1. Kav.-Div., zum Kommandeur des Reiter-Regts. 16; Steppuhn, Chef des Stabes der 3. Kav.-Div., zum Kommandeur des Inf.-Regts. 20; Voelhm-Tettelbach, Stab des Inf.-Regts. 4, zum Kommandeur des Inf.-Regts. 14; Waentler von Dantenschweil, Kommandeur des Inf.-Regts. 14, zum Chef des Stabes des Gruppenkommandos 2; er wird in seiner Stellung als badischer Landeskommandant belassen; Marx, Stab des Art.-Regts. 2, zum Chef des Stabes der Inspektion der Artl.;

der Oberstleutnant: Geper, Kommandeur des II. Batts. Inf.-Regts. 13, zum Abteilungsleiter im Reichswehrministerium;

der Major: Reugebauer, Kommandantur des Tr.-Abt.-Pl. Döberitz, zum Kommandeur des II. Batts. des Inf.-Regts. 13.

Mit dem 31. Oktober 1928 scheiden aus: Generalleutnant von Staber, Kommandeur der 2. Kav.-Division; Generalmajor Ritter von Saur, Kommandant von München; Oberst Trepper, Chef des Stabes der Inspektion der Artl.; Oberst George, Stab des Gruppenkommandos 2.

Mit dem 1. November 1928 werden veretzt: der Oberst: Schönheinz, Stab des Inf.-Regts. 15, in das Reichswehrministerium; der Oberstleutnant: Knoz, Stab der 5. Division, in den Stab des Gruppenkommandos 2; die Majore: Schlegel, Kommandantur des Tr.-Abt.-Pl. Oherbruf, in das Inf.-Regt. 1; Griese, Reiter-Regt. 18, in das Reichswehrministerium;

die Hauptleute: Stoeber, Inf.-Regt. 15, zur Kommandantur v. Billau; Menzel, Kraftf.-Abt. 5, in die San.-Abt. 5; die Oberleutnante: Goltische, San.-Abt. 5, in die Kraftf.-Abt. 5; Risch, Kommandantur des Tr.-Abt.-Pl. Döberitz, in das Artl.-Regt. 5; Weise, Artl.-Regt. 5, in das Artl.-Regt. 6.

Mit dem 1. Oktober 1928 veretzt: Oberleutnant Freyberg, Artl.-Regt. 2, anstatt in das Artl.-Regt. 5, in die San.-Abt. 5.

Mit dem 1. November 1928 tritt zum Stab seines Regts. über: Oberleutnant Schellmann, Inf.-Regt. 15.

Mit dem 30. September 1928 ist ausgeschieden: Hauptmann Müller, Inf.-Regt. 15.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 13. Oktober bis 22. Oktober 1928
a) Im Landestheater:

Samstag, 13. Oktober. * A 5. Der Schwarzkünstler. Lustspiel von Göt. 20 bis nach 21 1/2 (5 M).

Sonntag, 14. Oktober. * G 4. Th.-Gem. 1—100. Zum ersten Male: Mona Lisa. Oper von Max von Schillings. 19 1/2 bis 22 (8 M).

Montag, 15. Oktober. * C 5. Th.-Gem. 351—400 und 1. S.-Gr. Von morgens bis mitternachts. Schauspiel von Kaiser. 20 bis nach 22 (5 M).

Dienstag, 16. Oktober. * E 5. Th.-Gem. 201—300. Hoffmanns Erzählungen. Oper von Offenbach. 20 bis 22 1/2 (7 M).

Mittwoch, 17. Oktober. 1. Vorstellung der Schülermiete: Der Schwarzkünstler. Lustspiel von Göt. Plätze im 2., 3. und 4. Rang sind für den allgemeinen Verkauf freigehalten. 18 1/2 bis nach 20 1/2 (5 M).

Donnerstag, 18. Oktober. * D 5 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 2. S.-Gr. Der Schwarzkünstler. Lustspiel von Göt. 20 bis nach 21 1/2 (5 M).

Freitag, 19. Oktober. * F 6 (Freitagmiete). Th.-Gem. 601 bis 700. Armida. Oper von Glud. 20 bis 22 (7 M).

Samstag, 20. Oktober. * G 5. Th.-Gem. 401—450 und 3. S.-Gr. (2. Hälfte). Das Weiß des Jepsita. Drama von Esfauer. 20 bis gegen 22 (5 M).

Sonntag, 21. Oktober. Nachmittags: 1. Vorstellung der Sonderniete für Auswärtige: Carmen. Oper von Bizet. 14 1/2 bis nach 17 1/2 (4 M).

Abends: * B 5. Th.-Gem. 901—1000. Mona Lisa. Oper von Max von Schillings. 19 1/2 bis 22 (8 M).

Montag, 22. Oktober. Th.-Gem. 1. S.-Gr. 2. Sinfoniekonzert Leitung Generalmusikdirektor Josef Krups. Solist: Professor Paul Weingarten. 20 bis 22 (4 M).

b) Im Städtischen Konzertsaal:
Sonntag, 14. Oktober. * Arm wie eine Kirchenmaus. Lustspiel von Fodor. 19 1/2 bis 22 (4,10 M).

Sonntag, 21. Oktober. * Arm wie eine Kirchenmaus. Lustspiel von Fodor. 19 1/2 bis 22 (4,10 M).

c) Auswärtiges Gastspiel:
Donnerstag, 18. Oktober. In Baden-Baden: Mona Lisa. Oper von Max von Schillings.

Umtausch für Inhaber von Blockheften Samstag nachmittags 15 1/2 bis 17 Uhr.

Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ede Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. — Zigarrenhandlung Fr. Brunnert, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Goltzschy, Werberplatz 48, Tel. 508.

Für die tägliche Körperübung der Frau

Bleibe jung. Tägliche Körperübungen der Frau. Von Luise Neyberu. Else Wirminghaus. 3. Auflage. 64 Seit. mit 37 Abb. v. Hedwig Carlsson u. I. Tafel. 1,50 RM

AUS DEM INHALT:

- Allgem. Ziele und Vorbedingungen für die tägl. Körperübung der Frau
- Die tägliche Übungsfolge:
- 1. Der Zweck der einzelnen Übungen
- 2. Die Ausführung der Übungen (mit Übungstafel und 37 Abbildungen)
- Frottierübungen
- Winks für besondere Verwendung von Übungen
- 1. Bei Körperfehlern und Funktionsstörungen
- 2. Zur Bekämpfung einiger Unregelmäßigkeiten und Beschwerden
- 3. Ergänzungsübungen
- Anhang: Vergrößerte Übungstafel

Diese Übungsfolge bedeutet kein neues System, sondern eine Zusammenstellung von Übungen, die für jede Frau, soweit sie organisch gesund ist, geeignet sind. Sie wollen für die tägliche Durcharbeitung des Körpers das Notwendigste bieten und in möglichst knapp bemessener Zeit die vorteilhafteste Wirkung in gesundheitlicher und ästhetischer Beziehung erzielen.

Den Kleinverkauf von Kohlen. Wir haben Veranlassung, erneut darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Bekanntmachung des Stadtrates hier vom 18. Sept. 1916 die Kohlenhändler, welche Kohlen oder Holz in Säcken oder in Körben zum Verkauf bringen, verpflichtet sind, auf den Kohlen- od. Holzwagen eine Waage mitzuführen, damit die Käufer in der Lage sind, das Gewicht der Lieferung nachzuprüfen.

Zu widerstandlungen werden bestraft. Karlsruhe, den 4. Oktober 1928. D. 3. 96. Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

G. BRAUN
VORM. G. BRAUNSCHNE HOFBUCHDRUCKEREI UND VERLAG
G. M. B. H. KARLSRUHE KARL-FRIEDRICH-STR. 14 FERTIGT

DRUCKSACHEN

aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private. Kurze Lieferfristen. Mäßige Preise.

Kassenschränke
Scherengitter in Spezialausführung
Eiserne Schränke — Fahrradständer

liefert
Herm. A. Siefert, Lahr i. B. Telefon 293
Kassenschrankfabrik und Eisenkonstruktions-Werkstätten

Parlettböden
Eichen und Birsch repariert und reinigt, auch auswärts
Gilliard, Kaiserstraße 51
Telephon 1930

1928 durch den Dienstverweiger Gerichtsassessor Dr. Kamp für Recht erkannt: Die nachstehend näher bezeichnete Urkunde wird für kraftlos erklärt: Der am 27. Dezember 1927 von der Mittelbadischen Ziegelverleihsstelle G. m. b. H. in Offenburg über 4000 RM ausgestellte, auf V. Fischer, Baugeschäft in Offenburg, gezogene und von ihm akzeptierte, auf 27. 3. 1928 fällige, bei der Bad. Bauernbank Freiburg, Filiale Offenburg, zahlbare und an die Antragstellerin indossierte Wechsel.

Der Antragsteller hat die Kosten zu tragen. Offenburg, 5. Okt. 1928. Bad. Amtsgericht II. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle.

Jagdverpachtung. Am Samstag, den 20. Oktober 1928, nachm. 3 Uhr, läßt die Gemeinde Erlingen (Amt Forzheim) auf dem Rathaus ihre Gemeindejagd (890 ha Feld u. Wald) zum zweitenmal öffentlich auf 6 Jahre verpachten. Als Bieter werden nur solche Personen zugelassen, die sich im Besitze eines Jagdpasses befinden, oder durch Zeugnis nachweisen, daß der Erteilung eines solchen nichts im Wege steht. Die Pachtkonditionen liegen auf dem Rathaus zur Einsicht auf. 5.990 Der Gemeinderat: Frey.

COLOSSEUM
Bis einschl. 15. Okt. tägl. abends 8 (so) Uhr

Revue Für Euer Geld!
mit neuen Einlagen u. a. die humoristische Parodie über das Lichtfest

Fernphotographie der Marktplatzbeleuchtung

Badisches Landestheater
Samstag, 13. Oktober * A 5
Der Schwarzkünstler
Lustspiel von Göt

Mitwirkende:
Genter, Quajfer, Schreiner, Gemmede, Herz, Diel, Just, Müller, Schneider.

Anfang 20 Ende n. 21 1/2
Kreife A (0,70—5,00)

So., 14. Okt., Mona Lisa (Erstaufführung).
Im Konzertsaal:
Arm wie eine Kirchenmaus. Mo., 15. Okt., und das Licht scheint in der Finsternis. Di., 16. Okt., Hoffmanns Erzählungen.